

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 179 (2013)

Heft: 1-2

Artikel: Territorialkonflikte in Asien aus chinesischer Sicht

Autor: Hieber, Saskia

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327610>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Territorialkonflikte in Asien aus chinesischer Sicht

Der Inselstreit zwischen China und Japan um die (chinesischen) Diaoyu- oder (japanischen) Senkaku-Inseln beleuchtet eine ganze Reihe von historischen Disputen und gegenwärtigen Territorialkonflikten, die die sicherheitspolitische Stabilität in Asien potentiell bedrohen.

Saskia Hieber¹

Es ist nicht die erste Runde in diesem Inselstreit, das Zerwürfnis hat sich diesmal nicht schnell beruhigt. Weder die politische, noch die Geschäftswelt haben schnell die Scherben zusammengekehrt und sind zügig zur Tagesordnung zurückgekehrt. Japanische Geschäfte in China öffnen nicht, wie früher, bereits wieder nach wenigen Tagen, Flüge zwischen Japan und China wurden gestrichen. Der wirtschaftliche Schaden ist enorm. Internationale Treffen (IWF) werden in Mitleidenschaft gezogen. Die japanische Aussenpolitik giesst mit neuen nationalen und patriotischen Tönen Öl ins Feuer. Aus einem zwischenstaatlichen Disput droht ein internationales Problem zu werden.

Was ist passiert? Und, vielmehr noch, welche weiteren Territorialkonflikte oder -dispute bedrohen die regionale Stabilität und damit potentiell die internationale Sicherheit?

Erstaunt registriert der Westen, dass Asiens führende Wirtschaftsnationen in Territorialkonflikten und, insbesondere wenn es um Japan geht, historischen Disputen engagiert sind, die an den Beginn des 20. Jahrhunderts erinnern. So wenig die Grenzen und Seegebiete europäischer Staaten heute schwelenden Konfliktstoff bilden, so anders zeichnet sich das Bild in Asien ab. Entscheidend für die Eskalationstiefe in Ostasien sind die Sicherheitsperzeptionen und Bedrohungswahrnehmungen beteiligter Staaten und die historischen Empfindlichkeiten, weniger politische und wirtschaftliche Macht. So findet sich beispielsweise das grosse, machtvolle China äusseren (Terrorismus, Territorialkonflikte, amerikanische Unipolarität, Handelsbeschränkungen) und inneren (Separatismus, soziale Unruhen) Gefahren und einem strategischen Wettbewerb gegenüber, wie die Regierung in Weissbüchern zur Nationalen Verteidigung er-

klärt². Peking sieht sich in einem Ring aus Konflikten und unfreundlichen Allianzen, die seine Interessen behindern.

Zahlreiche Dispute

Um die sicherheitspolitische Dimension asiatischer Territorialkonflikte zu veranschaulichen, sei die Vielzahl der Dispute kurz aufgeführt:

- Im Nordosten fordert Japan von Russland vier Kurilen-Inseln zurück. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es keinen Friedensvertrag zwischen beiden Staaten.
- Japan und Südkorea diskutieren über eine kleine Felseninsel.
- Nordkorea erkennt an der Westküste die Seegrenze zu Südkorea nicht an und beansprucht (und beschoss) eine Insel.
- China und Japan streiten nicht nur über die Diaoyu-/Senkaku-Inseln, sondern über den Verlauf der Seegrenze (und darunterliegende Energievorkommen).
- Das Problem Taiwanstrasse ruht gegenwärtig. Taiwanesische Unabhängigkeitsbestrebungen sind weitgehend verstummt. Für den Abspaltungsfall allerdings hat Peking unmissverständlich erklärt, es werde die Einheit Chinas mit allen Mitteln verteidigen.
- Schliesslich das Südchinesische Meer, in dessen Südteil (Spratly Inseln) China, Vietnam, die Philippinen, Malaysia, Brunei und teilweise Indonesien in einem scheinbar unlösbaren Knoten überlappender Gebietsansprüche gefangen sind. Besonders China und Vietnam betonen, die Atole, Sandbänke und Riffe seien seit Jahrhunderten von den eigenen Fischern angefahren worden und die Ansprüche auf exklusive Wirtschaftszonen liessen sich mit dem eigenen Festlandsockel verbinden. Es geht um Gasvorkommen, Fischrechte und Seeverkehrswege.
- China und Indien haben in den 1960er Jahre verlustreiche Gletscherkriege geführt und führen Anspruchsdispute

über drei Gebiete entlang der gemeinsamen Grenze.

- Der Afghanistankrieg und der Kaschmirkonflikt beeinträchtigen nicht nur die chinesische, sondern die gesamte asiatische Sicherheitswahrnehmung. Afghanistan liegt nicht vor unserer Haustüre, sondern in Asien. Vagabundierende Gotteskrieger werden ost- und südwärts ziehen, fürchtet man in Peking und Delhi.
- Schliesslich die zentralasiatischen Staaten, die die Hoffnung auf eine stabile politische Entwicklung nur bedingt erfüllt haben.
- Russland und China haben gegenwärtig keinen Grund aufeinander loszugehen, doch ist das Misstrauen gross, die gemeinsame Geschichte blutig und der Russische Ferne Osten beklagt ein zu



grosses chinesisches Interesse an Holz, Energie, sauberem Wasser und Land.

Die Sicherheitsumgebung, das «Security Environment», ist also insgesamt wenig erfreulich.

Inselkonflikt Japan – China

Zurück zum Senkaku-/Diaoyu-Inselkonflikt zwischen Japan und China: Die Inseln sind in historischen Dokumenten des chinesischen, wie auch des japanischen Kaiserreiches erwähnt, erstmals im China der Ming-Zeit im 14. Jahrhundert. Im Zuge des ersten Japanisch-Chinesischen Krieges und dem Frieden von Shimonoseki 1895 fielen die Inseln, wie auch Taiwan, Teile der Shandong-Halbinsel und Nordostchinas an das japanische Kaiserreich. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der amerikanischen Verwaltung retournierten die USA die Inseln 1972 mit dem «Okinawa Reversion Treaty» unter japanische Hoheit des südjapanischen Bezirks Ishigaki³. Reiche Energievorkommen wurden vermutet. Peking und Taipei meldeten Ansprüche an, wobei beide die Inseln dem taiwanesischen Landkreis Yilan zuordnen. Japan erkann-

te weder chinesische, noch taiwanische Ansprüche an. Eine verwaltungstechnische Anordnung und eine staatsrechtliche Tatsache halfen bisher, den Disput zu entschärfen: Die japanische Regierung verbot dem Bezirk Ishigaki, die Inseln weiter zu entwickeln und da Taiwan nicht als eigene staatliche Entität anerkannt ist, «konnte» Japan keine zwischenstaatlichen Verhandlungen über die Inseln führen. Weiter interessant: In vergangenen Inselkonflikten bewiesen die chinesische und japanische Regierung die Bereitschaft und Fähigkeit zur schnellen Deeskalation: Das Aufstellen von Flaggen durch «Nationalisten», beispielsweise aus Taiwan oder Hong Kong, wurde gerügt und unterbunden, die Küstenwache und die Marine blieb meist in den Häfen. Die chinesische Regierung sorgte dafür, dass anti-japanische Proteste nach wenigen Tagen abebbten.

Was ist diesmal anders?

• Für die chinesische Regierung konnte ein Territorialdisput zu keinem schlechteren Zeitpunkt kommen, als im Herbst 2012. Am 8. November eröffnet der Parteikongress, im Pekingener Machtgeschehen entsteht eine neue Regierungs- und Staatsführung. Vermutlich werden Vizepräsident und -premier in die höchsten Ämter wechseln, keine Überraschungen also. Doch gleichzeitig wird die Kommunistische Partei von Machtkämpfen, Mordprozessen, Korruptionsvorwürfen und Kritik von innen in einem bedrohlichen Ausmass erschüttert. Chinas Bevölkerung, insbesondere die smarten Blogger im Internet, die Verlierer der Wirtschaftsreformen (kleine Beamten und Akademiker mit niedrigen Gehältern) und die verarmte Landbevölkerung reagiert mit offener Entrüstung auf die Enthüllungen über die Millionen- und Milliardenvermögen, die die Familien der Parteispitzen angehäuft haben.

• Die japanische Seite brachte Bewegung in den rechtlichen nicht gesicherten Zustand: Die Familie Kurihara verkaufte drei Inseln an die japanische Regierung und veränderte damit den bestehenden Status. Fischereinrichtungen der Familie waren die einzigen Besiedlungen. Scharfe Proteste aus China und Taiwan folgten unmittelbar. Die japanische Regierung hatte allerdings unterbunden, dass die Inseln an einzelne japanische Städte oder Präfekturen verkauft werden und so versucht, die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen.

Strategische Bedeutung

• Die strategische Bedeutung der Inseln ist gestiegen, nicht zuletzt durch vermutete Energievorkommen. Entscheidend ist die geographische Lage zwischen Taiwan und Okinawa: Aus chinesischer Sicht darf sich «Japanisches» Territorium nicht weiter Richtung China ausdehnen, schliesslich betonen japanische Nationalisten, Japan sei ein Bollwerk gegen die chinesische Expansion. Und angesichts Taiwans, mit dem die friedliche Wiedervereinigung noch aussteht und das immer wieder Unabhängigkeitsideen äussert, darf kein Territorium verloren gehen.

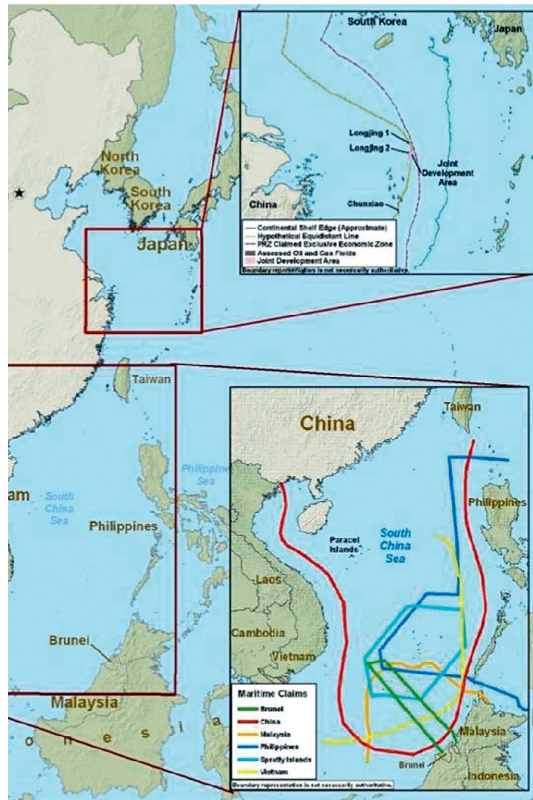
• Chinesische Patrioten und Nationalisten erwarten von der Regierung eine harte Hand in der Aussenpolitik, insbesondere gegenüber Japan. Die für China schmachvolle gemeinsame Geschichte, die japanischen Übergriffe, ungerechten Verträge («21 Forderungen») und Gebietsübernahmen ab dem verlorenen ersten Chinesisch-Japanischen Krieg 1895 belasten die gegenseitigen Beziehungen. Die Verbrechen des japanischen Imperialismus sind ein fester Bestandteil des chinesischen Geschichtsunterrichts. Die chinesische Volksseele kocht leicht über, wenn es um Japan geht.

• Die Aussenpolitik: Die Gestaltung der Aussenpolitik, das «Policy Making», ist auch in China komplexer geworden und nicht mehr alleine von einem kleinen Machtzirkel an der Spitze der Kommunistischen Partei, dem Ständigen Politbüro, durchzusetzen. In Japan, dem modernsten, demokratischsten Land Asiens, überraschen die gegenwärtig bemerkenswert schlechten Beziehungen zu fast allen Nachbarstaaten, zu Russland, beiden Koreas und China. Ausserdem ist in beiden Ländern, in China und Japan, Aussenpolitik von nachgeordnetem Interesse und eine Funktion von Innenpolitik. Die Hauptsorgen beider Regierungen beziehen sich nicht auf die Beziehungen zu anderen Staaten.

• Aus der Sicht Pekings bedrohen die USA durch ihre neue Pazifikpolitik und die Vertiefung der Allianzen mit ihren Verbündeten (Japan, Südkorea, Australien, Singapur, auch Taiwan und neuerdings Vietnam) chinesische Interessen. Die USA haben in Japan und Südkorea grosse Basen. Zum amerikanischen Pazifikterritorium gehören nicht nur die Hawaii-Inseln, sondern weiter westlich Midway und die Marianen mit Guam, ausserdem noch Amerikanisch-Samoa.

Konfliktherde rund um China.

[http://www.ada.asn.au/assets/images/maps/China \(TerritorialDisputes\).jpg](http://www.ada.asn.au/assets/images/maps/China (TerritorialDisputes).jpg)



- Die USA laufen Gefahr, durch die Betonung ihrer Sicherheitsinteressen und militärischen Präsenz im Westpazifik, zwischenstaatliche Inseldispute zu internationalen Konflikten aufzublähen. Es hat beispielsweise keineswegs zur Lösung der Dispute im Südchinesischen Meer beigetragen, dass Aussenministerin Clinton erklärte, Frieden in diesem Seegebiet sei von strategischem und nationalem Interesse für die USA. Einmischung von aussen ist nicht nur in Peking unbeliebt.
- Die beteiligten Regierungen scheinen an einer schnellen Beilegung nicht interessiert, sondern tragen den Disput auf eine höhere, internationale Ebene: Die Absage chinesischer Grossbanken für das IWF- und Weltbank Jahrestreffen in Japan ist mehr als ein diplomatischer Affront.

Wirtschaftlicher Schaden

Der wirtschaftliche Schaden ist bisher kaum berechenbar. Japanische Firmen in China erleiden massive Umsatzeinbrüche, japanische Produkte sind schwer verkäuflich. Fabriken in China stehen still. Flüge zwischen Japan und China werden gecancel. Mittelfristig leidet auch China unter dem Inselstreit: Japan ist wie das restliche Asien ein wichtiger Absatzmarkt. Die Fertigung ist inzwischen über ganz Asien verteilt, fällt China als Produktions- oder Veredelungs- und Verpackungsstandort aus, werden Anbieter schnell in asiatische Nachbarstaaten wechseln. Schliesslich kommt aus Japan immer noch viel Innovation und «High-Tech», auf die China (noch) nicht verzichten kann. Auch der Tourismus ist ein Wirtschaftsbereich, der vorübergehend zum Erliegen kommt.

Was kann zur Lösung des Problems beitragen:

- Die USA heizen die Konfliktgemengelage nicht zusätzlich durch die Betonung nationaler Interessen im Westpazifik allgemein und im Südchinesischen Meer im Besonderen an.
- Die USA reduzieren die aus chinesischer Sicht schwachvollen Überwachungsflugzeuge und -schiffe entlang der chinesischen Küste, die meist von Okinawa aus starten.
- Die Vereinten Nationen, die internationale Gemeinschaft, betonen die Verantwortung der Anrainer und loben deren Fähigkeit und Bereitschaft, Konflikte selbst und ohne weitere Einmischung zu lösen.

- Konfliktbeteiligte werden ermahnt, sich an bestehende regionale Verträge zu halten, beispielsweise die Vereinbarung zwischen der ASEAN und China über das Südchinesische Meer (Declaration of Conduct of the Parties in the South China Sea). Darüber hinaus wird das bestehende Völker-, bzw. Seerecht konsultiert und eingehalten⁴.
- Die USA beweisen der chinesischen Politik und dem chinesischen Volk, den «rechtmässigen Aufstieg» Chinas nicht zu behindern oder einzudämmen.
- Die Konflikte werden auf das zurückgestuft was sie sind: zwischenstaatliche Differenzen (Diaoyu/Senkaku) oder regionale Territorialdispute (Südchinesisches Meer). ■

1 Dr. Saskia Hieber hat Sinologie und Politikwissenschaft studiert. Sie ist Dozentin für Internationale Politik an der Akademie für Politische Bildung Tutzing und Lehrbeauftragte für Ostasien am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München.

2 Vgl. State Information Office: China's National Defence in 2010; Beijing, 2011, http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2011-03/31/c_13806851.htm

3 Vgl. Manyin, Mark E.: Senkaku (Diaoyu/Diaoyutai) Island Dispute: U.S. Treaty Obligations; Congressional Research Service, Washington D.C., Sep 25, 2012, <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R42761.pdf>

4 Declaration of the Parties in the South China Sea, Phnom Penh, 2002, <http://www.aseansec.org/13163.htm>. UNCLOS, United Nations Convention on the Law of the Sea, http://www.un.org/Depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf

Hier geht es insbesondere um Artikel 55–75: ... defines the concept of an Exclusive Economic Zone (EEZ), which is an area up to 200 nautical miles beyond and adjacent to the territorial sea. The EEZ gives coastal states «sovereign rights for the purpose of exploring and exploiting, conserving and managing the natural resources, whether living or non-living, of the waters superjacent to» (above) «the seabed and of the seabed and its subsoil...» und Artikel 121: «rocks that cannot sustain human habitation or economic life of their own shall have no exclusive economic zone or continental shelf». Das bedeutet: die Exklusive 200-Seemeilen-Wirtschaftszone kann nur beansprucht werden, wenn die beanspruchten Strukturen Leben und Wirtschaften ermöglichen. Viele «Inseln» im Südchinesischen Meer allerdings sind nur Riffe, Sandbänke und Atolle, die genau dies nicht ermöglichen.



Dr. Saskia Hieber
Akademie für politische
Bildung, Tutzing
Lehrbeauftragte
Uni München
83626 Valley



VICTORINOX

COMPANION FOR LIFE



SWISS CHAMP



DIVEMASTER



SPECTRA



FRAGRANCE